

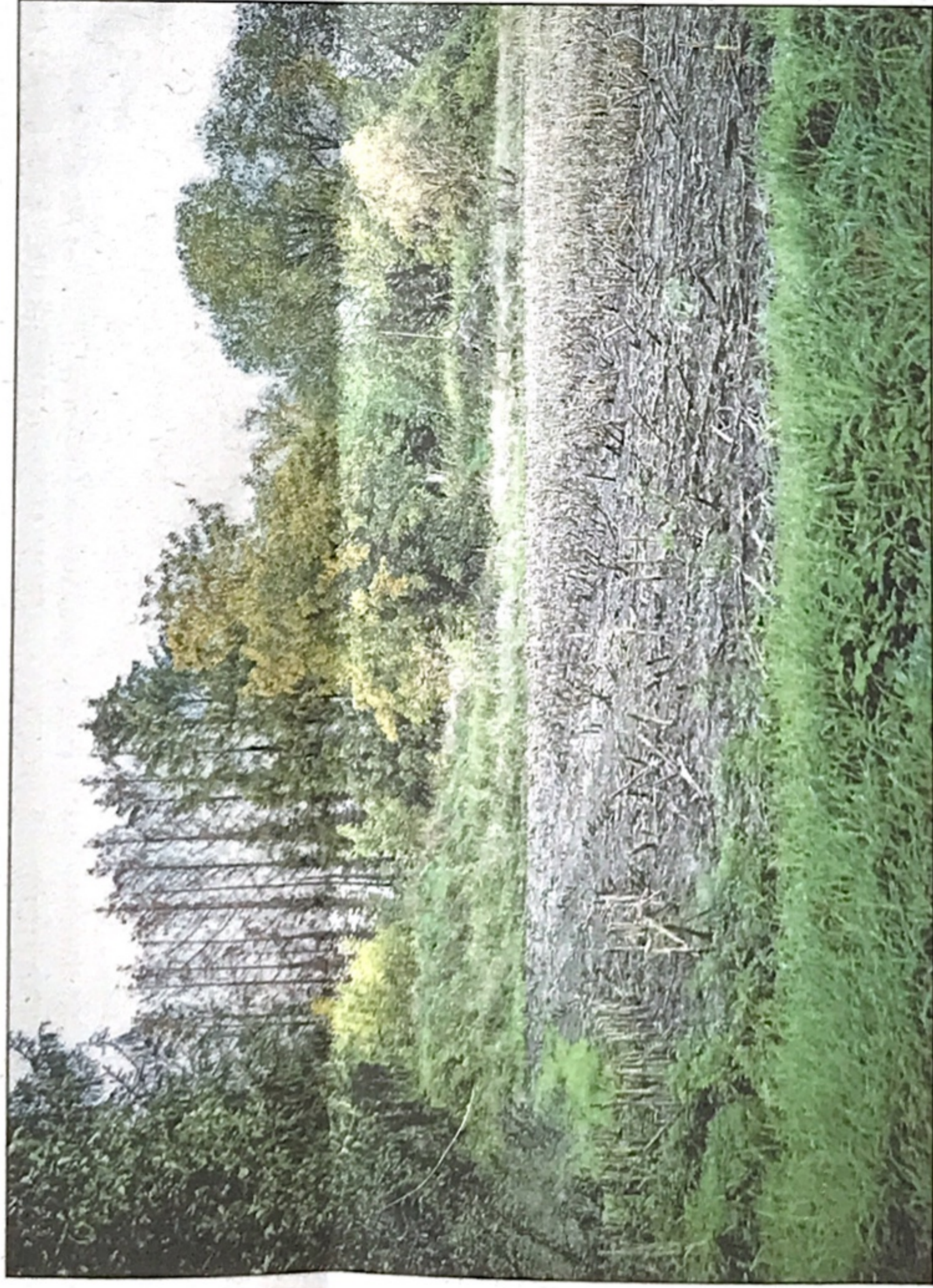
Rat nutzt Kniff gegen Bürgerbegehren

Die Fronten zwischen den Gegnern eines Baugebiets am Friedhof und dem Rat Großbundenbach könnten sich verhärten. Denn obwohl ein Bürgerbegehren gegen ein Baugebiet im Leisegarten zulässig ist, enthielten sich die Ratsmitglieder am Dienstagabend bei der Abstimmung geschlossen. Das hat Folgen.

VON THOMAS FÜSSLER

GROSSBUNDENBACH. Am Ende der Großbundenbacher Ratssitzung war Karl-Heinz Brügel, Büroleiter der Verbandsgemeinde, ein wenig konsterniert. Obwohl die Verbandsgemeindevverwaltung festgestellt hat, dass das Bürgerbegehren zulässig ist, stellte sich der Großbundenbacher Rat diesem geschlossen entgegen – mit Hilfe eines Kniffs. Eigentlich hätten die Ratsmitglieder zustimmen müssen. Denn wenn das Begehren zulässig ist, hat ein Rat keinen Ermessens- und keinen Beurteilungsspielraum. Doch die Räte enthielten sich der Abstimmung. „Ich brauche aber eine Entscheidung und muss das Thema erneut auf eine Tagesordnung bringen“, wies Brügel auf die Entscheidungspflicht hin.

Dieter Glahn, Bürgermeister, stellte sich vor seine Ratsmitglieder und machte deutlich, dass die ausgesprochenen Enthaltungen dem Zweck dienen, das Begehren zum Nachdenken zu bewegen. Zuvor hatte vor allem Wolfgang Rapp Initiator Steffen Schmidt gebeten, er möge nicht nur verhindern, sondern konstruktiv



Das mögliche Baugebiet liegt in der Nähe des Friedhofs. ARCHIVFOTO: THOF

mitarbeiten, um ein Gebiet an anderer Stelle zu ermöglichen.

Der Initiator des Begehrens hatte zuvor auf mehrere Gründe genannt, die aus seiner Sicht ein Baugebiet am Friedhof ausschließen. So verkenne

ein Neubaugebiet den Charakter eines Haufendorfes. Es füge sich nicht in die Siedlungsstruktur ein. Die Baulplätze seien für Großbundenbacher Verhältnisse zu teuer. Unterhalb des Geländes liege eine Müllkippe, und

bei Starkregen würde zu viel Regenwasser dorthin geschwemmt. Deshalb sei das Neubaugebiet sogar ungeeignet. Zudem beklagte Schmidt, dass über das Begehren zu langsam entschieden werde. Der Rat komme seinen Informationspflichten nicht nach. Er sei unfähig und habe in den letzten Jahren bedeutende Ziele, wie die Ansiedlung eines Neubaugebiets, nicht erreicht.

Wolfgang Rapp meldete sich als derjenige zu Wort, der die Ansiedlung eines Neubaugebietes im Auftrag des Rates forciert. Wenn der Leisegarten technisch und umwelttechnisch nicht infrage kommt, werde es dort auch kein Neubaugebiet geben, antwortete er. Der Leisegarten liege in der bevorzugten Rangliste möglicher Neubaugebiete in Großbundenbach zudem nur auf Platz 2 von sieben in Augenschein genommenen Flächen.

Wenig Alternativen

Weil die Ortsgemeinde keine eigenen Flächen hat, sei sie darauf angewiesen, dass Besitzer von Grund und Boden auf Bitten der Gemeinde einge-

hen, wenn sie bauen will. „Das Gebiet in den Gärten wäre unsere Nummer 1 gewesen. Aber die Realisierbarkeit scheitert daran, dass die Zuwegung über die Hauptstraße über ein Haus erfolgen sollte, das abgerissen werden sollte. Das Gebäude wurde aber, warum auch immer, nicht abgerissen. Jetzt wäre die Einfahrt hier viel zu schmal, um ein Neubaugebiet dort zu realisieren“, erklärte Rapp.

Andere Wege von Oberauerbacher Seite seien ebenfalls nur über Privatgrund möglich. Die Eigentümer hier wollten aber nicht verkaufen. „Wenn die Bürgerinitiative versuchen würde, ein Neubaugebiet in den Gärten so vorzubereiten, dass die Gemeinde das umsetzen kann, sind wir die Letzten, die sagen, das wollen wir nicht“, lautete Rapps Vorschlag für eine konstruktive Zusammenarbeit. Rapp schlug dem Begehren vor, hierzu mit den entsprechenden Eigentümern in Kontakt zu treten.

WÖRTLICH

„Man kann noch nicht mal über ein Neubaugebiet nachdenken, schon kommt ein Bürgerbegehren.“ Bürgermeister Dieter Glahn